

# DGFP-KURZUMFRAGE: AUSWIRKUNGEN DES RENTENPAKETS AUF UNTERNEHMEN

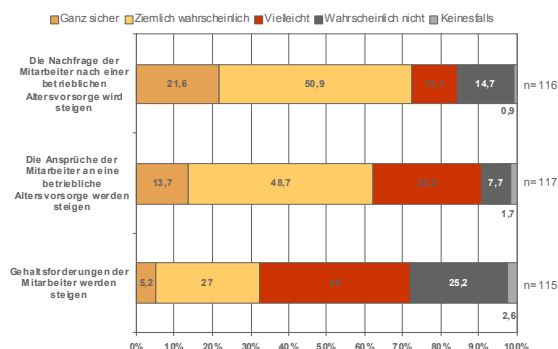
Die aktuelle Diskussion um eine drohende Altersarmut für weite Bevölkerungsteile und die Zuschussrente rückt private und betriebliche Altersvorsorgemodelle in den Fokus. Neben zahlreichen privaten Vorsorgemöglichkeiten haben Arbeitnehmer seit der Rentenreform 2001 einen Anspruch darauf, dass ein Teil ihres Entgelts in eine betriebliche Altersversorgung umgewandelt wird. Haben die Bestandteile des Rentenpakets direkte Auswirkungen auf Unternehmen und wo sehen Personalmanager weiteren politischen Handlungsbedarf?

Diesen Fragen ist die Deutsche Gesellschaft für Personalführung e.V. (DGFP) Anfang Oktober 2012 mit einer Online-Umfrage nachgegangen. An der Befragung haben sich 117 Personalmanager beteiligt.

## Betriebliche Altersvorsorge gewinnt an Bedeutung

72,5 Prozent der befragten Personalmanager gehen davon aus, dass die aktuelle Rentendiskussion ganz sicher oder ziemlich wahrscheinlich zu einer erhöhten Nachfrage nach einer betrieblichen Altersvorsorge führen wird. Steigende Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge erwarten 62,4 Prozent der Befragten. Bei der Frage, ob aus der Diskussion auch erhöhte Gehaltsforderungen resultieren werden, ergibt sich kein eindeutiges Bild. 40 Prozent geben an, dass dies vielleicht der Fall sei und legen sich somit nicht auf eine Prognose fest. Rund ein Drittel (32,2 Prozent) geht hingegen davon aus, dass höhere Gehaltsforderungen ziemlich wahrscheinlich oder ganz sicher ein Resultat der Rentendiskussion sein werden. Die übrigen 27,8 Prozent sind der Ansicht, dass die Diskussion um das Rentenpaket wahrscheinlich nicht oder keinesfalls zu höheren Gehaltsforderungen führen wird.

### Wie wird sich die aktuelle Rentendiskussion Ihrer Einschätzung nach auf Ihr Unternehmen auswirken?

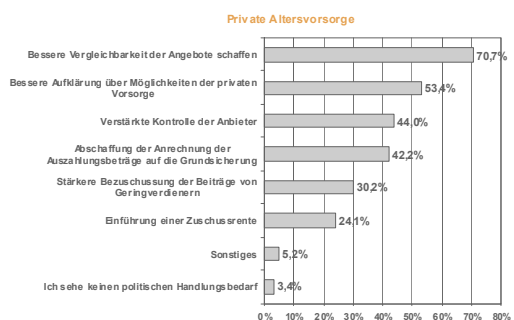


## Personalmanager fordern bessere Vergleichbarkeit und Komplexitätsabbau bei privater und betrieblicher Altersvorsorge

Die Befragungsteilnehmer wurden auch dazu befragt, ob sie politischen Handlungsbedarf im Bereich der betrieblichen oder privaten Altersvorsorge sehen. Zur Wahl standen größtenteils Maßnahmen, die durch unterschiedliche politische Akteure in die Diskussion eingebracht wurden. Zusätzlich konnten die Befragten eigene Vorschläge machen.

Bei der privaten Altersvorsorge sehen die Personalmanager vor allem Nachbesserungsbedarf in den Bereichen Transparenz und Vergleichbarkeit. Die meisten Befragten fordern eine bessere Vergleichbarkeit der Angebote (70,7 Prozent). An zweiter Stelle steht eine bessere Aufklärung über die Möglichkeiten der privaten Altersvorsorge mit 53,4 Prozent, gefolgt von einer verstärkten Anbieterkontrolle (44 Prozent).

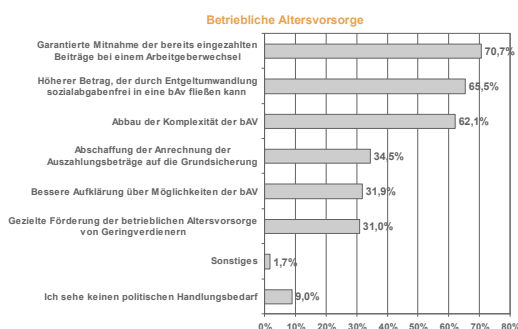
### In welchen Bereichen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge sehen Sie politischen Handlungsbedarf? (Mehrfachnennungen möglich, n= 116)



Die Maßnahmen, die stärkere Eingriffe in das Rentensystem darstellen, finden weniger Anhänger. Die Abschaffung der Anrechnung der Auszahlungsbeträge auf die Grundsicherung befürworten 42,2 Prozent der Befragten. Die Einführung einer Zuschussrente für Personen, die kontinuierlich privat vorgesorgt haben, aber trotzdem nur eine geringe Gesamtrente erhalten, unterstützt nur etwa jeder vierte Personalmanager (24,1 Prozent). Allerdings befürworten 30,2 Prozent eine stärkere Bezuschussung der Vorsorgebeiträge von Geringverdienern.

Im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge sehen die befragten Personalmanager vor allem Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Mitnahme der betrieblichen Altersvorsorge bei einem Arbeitgeberwechsel. 70,7 Prozent fordern eine Garantie, dass erworbene Ansprüche bei einem Arbeitgeberwechsel mitgenommen werden können. Einen höheren Betrag, der durch Entgeltumwandlung sozialabgabenfrei in eine betriebliche Altersvorsorge fließen kann, unterstützen 65,5 Prozent. Momentan sind dies 4% der Beitragsbemessungsgrenze, was im Jahr 2012 2688 Euro entspricht. Einen Komplexitätsabbau halten 62,1 Prozent der Befragten für notwendig. Auch bei der betrieblichen Altersvorsorge befürwortet rund ein Drittel die Idee, dass die Auszahlungsbeträge nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden sollten (34,5 Prozent). Eine bessere Aufklärung über die Möglichkeiten zur betrieblichen Altersvorsorge halten 31,9 Prozent für nötig und 31 Prozent fordern eine gezielte Förderung der betrieblichen Altersvorsorge von Geringverdienern.

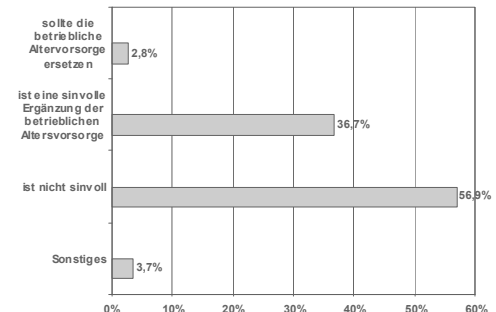
**In welchen Bereichen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge sehen Sie politischen Handlungsbedarf? (Mehrfachnennungen möglich, n= 116)**



### Mehrheit der Personalmanager lehnt freiwillige Zusatzbeiträge ab

Ein Bestandteil des Rentenpakets ist die Einführung freiwilliger Zusatzbeiträge, die der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen kann. 56,9 Prozent der Befragungsteilnehmer sind der Ansicht, dass diese Möglichkeit freiwillige Zusatzbeiträge zu leisten, kein sinnvolles Konzept ist. 36,7 Prozent halten freiwillige Zusatzbeiträge durch den Arbeitgeber hingegen für eine sinnvolle Ergänzung der betrieblichen Altersvorsorge. Nur 2,8 Prozent sind der Ansicht, dass dieser Ansatz die betriebliche Altersvorsorge ersetzen soll.

**Was halten Sie grundsätzlich von der Idee, dass Arbeitgeber freiwillige Zusatzbeiträge für Ihre Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen können? Dieser Ansatz... (n=109)**



### Zusammenfassung

Der Großteil der befragten Personalmanager erwartet eine erhöhte Nachfrage nach einer betrieblicher Altersvorsorge und steigende Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge. Den größten Handlungsbedarf im Bereich der privaten Altersvorsorge sehen die Befragten bei der Vergleichbarkeit der Angebote. Die Einführung von Produktinformationsblättern, wie sie im Rahmen des Verbraucherfreundlichen Riesterns geplant sind, ist hier ein erster Schritt in die richtige Richtung. Tiefergehende Eingriffe in das System der privaten Altersvorsorge, wie sie etwa die Einführung der Zuschussrente oder eine Abschaffung der Anrechnung der Auszahlungsbeträge auf die Grundsicherung darstellen, finden im Vergleich zur Forderung nach mehr Vergleichbarkeit deutlich weniger Anhänger. Die Mehrheit der befragten Personalmanager lehnt die geplante Einführung freiwilliger Zusatzbeiträge ab, die für Unternehmen erhöhten Aufwand bedeuten würden.

### Zum Hintergrund der Befragung

- Zu der Online-Befragung wurden 514 Personalmanager aus DGFP-Mitgliedsunternehmen eingeladen. 117 Personalmanager nahmen an der Umfrage teil (23 Prozent).
- Die Befragung wurde im Zeitraum vom 01. bis zum 14. Oktober 2012 durchgeführt.
- An der Umfrage haben Personalmanager aus Unternehmen aller Größenklassen teilgenommen (29 Prozent unter 500 Mitarbeiter; 21 Prozent 500 bis 999 Mitarbeiter; 22 Prozent 1.000 bis 2999 Mitarbeiter; 16 Prozent 3.000 bis 9999 Mitarbeiter; 13 Prozent 10.000 und mehr Mitarbeiter). Ebenso befinden sich Unternehmen aus zahlreichen Branchen in der realisierten Stichprobe (Produktion: 52 Prozent; Dienstleistung: 26 Prozent; Handel: 12 Prozent; Öffentliche Verwaltung: 2 Prozent, Sonstige: 8 Prozent).